

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugsbedingungen: Vierteljährlich durch die Post
5 Mk., unter Streifenband 6,50 Mk.

Schriftleitung und Versand:
Berlin S 42, Luisenufer 1 :: Fernruf: Moritzplatz 3725

Erscheint wöchentlich Sonnabends

Oberschlesier! Rettet Eure Heimat, Euer Wirtschaftsleben vor dem polnisch-französischen Militarismus und Imperialismus! Stimmt für Deutschland!

In der Zeit vom 13. März bis 19. März ist der Beitrag für die 12. Woche fällig.

Industrieverbände oder einheitlicher Arbeitnehmerverband.

Die deutschen Gewerkschaften mit ihrer glänzenden Entwicklung, ihrer ruhmvollen Vergangenheit und ihren Erfolgen sind an einem Wendepunkt angelangt. Nicht daß wir behaupten wollen, die Gewerkschaften sind überlebt; es liegt uns auch fern, sie zum Träger der politischen Tageskämpfe machen zu wollen. Wir sind vielmehr durchdrungen von der Überzeugung, daß die Gewerkschaften heute unentbehrlicher sind als je zuvor. Nur der Rahmen, die Form erweist sich den neuen Anforderungen, die an die Gewerkschaften gestellt werden, als nicht mehr zeitgemäß. Eine „Umgruppierung“ erscheint als dringendstes Erfordernis. Denn Kämpfe von noch nie dagewesenem Umfang und nie erreichter Erbitterung stehen uns bevor. Nur weltfremde Ideologen können die Auffassung vertreten, daß der vor uns liegende Entwicklungsabschnitt ein friedlicher sein könnte. Trotz Schlichtungsordnung, Einigungsämtern und salomonischer Schiedssprüche sogenannter Unparteilicher wachsen die Klassengegensätze zu ungeahnter Schärfe an. Sie werden und müssen im Interesse einer höheren Entwicklung ausgekämpft werden.

Jeder Kenner der modernsten Arbeiterbewegung weiß, daß die Gewerkschaften sich eng anschließen an die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und von dieser gar nicht zu trennen sind. Der Konzentrationsprozeß, der sich in der deutschen Volkswirtschaft in den letzten 30 Jahren vollzogen hat, der die Kleinen zu Großen zusammenschloß und die Großen zum Kampf um das Größte anspornte, dieser Konzentrationsprozeß hat auch den Gewerkschaften den Stempel aufgedrückt.

Der lokale „Fachverein“ war unter dem Zwange des Sozialistengesetzes entstanden. Damals hatte er nicht nur seine volle Berechtigung, sondern er war notwendig, weil die einzig mögliche Organisationsform. Den polizeilichen Verfolgern konnte man so am besten eine Nase drehen. Mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes setzte eine stürmische Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften ein, und bald zeigte es sich, daß die Verfassung der Gewerkschaften den Anforderungen nicht mehr entspreche. Die Sterbestunde für die lokalen Fachverbände hatte geschlagen. Zwar wogte der Streit noch eine Zeitlang auf und ab, der Gewerkschaftskongreß in Halberstadt entschied aber mit großer Mehrheit für den zentralen Berufsverband. In diesem Rahmen haben sich die Gewerkschaften mächtig entwickelt und unendlich viel für die kulturelle und materielle Hebung der Arbeiterklasse erreicht. In diese Zeit fallen die Vervollkommnung des Verwaltungsapparates und vor allem der Ausbau der Unterstützungseinrichtungen. Nebenher gingen aber auch in dieser Zeit Bestrebungen, den Zentralverbänden andere, den Erfordernissen des Tages besser angepaßte Organisationsformen zu geben. Die ersten Industrieverbände entstehen in dieser Zeit, so die Verbände der Holzarbeiter, der Metallarbeiter und der Bauarbeiter.

Mit dem Ausbruch des Krieges erfuhr das Wachstum der Gewerkschaften eine jähe Unterbrechung, um nach seinem Zusammenbruch und der ihm auf dem Fuße folgenden Revolution in einer stürmischen Aufwärtsbewegung das unterbrochene Wachstum fortzusetzen. Mit dieser Entwicklung nach dem Ausbruch der Revolution hebt ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Gewerkschaften an. Die Revolution hat in Deutschland auf politischem Gebiete Veränderungen grundstürzender Art im Gefolge

gehabt. In wirtschaftlicher Beziehung ist nichts zugunsten der Arbeiter verändert worden, eher ist das Gegenteil eingetreten. Der Konzentrationsprozeß des Kapitals ist durch die Revolution nicht unterbunden, kaum einen Augenblick unterbrochen. Die ökonomischen Grundlagen des Kapitalismus sind unerschüttert geblieben.

In organisatorischer Beziehung hat das Unternehmertum die Gewerkschaften überflügelt. Eine straffe, das ganze Reich umfassende Arbeitgeberorganisation ist geschaffen und steht nicht nur zur Abwehr, sondern zum Angriff bereit. Dem haben die Arbeiter bisher nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. In 53 Zentralverbände zersplittert, ohne die gegnerischen Organisationen, unterliegen die Gewerkschaften zu oft den Angriffen und Tücken der einheitlichen Unternehmerorganisation. Die Entwicklung zu Industrieverbänden geht bei uns überaus langsam vonstatten. In den großen industriellen Werken finden wir häufig nicht selten 15 und mehr verschiedene Gewerkschaften unter den Arbeitern vertreten, die müunter ganz verschiedene und gegen-einanderlaufende Direktiven an ihre Mitglieder ausgeben. Die Schlagkraft der Arbeiter leidet darunter.

In finanzieller Beziehung wird in dem bisherigen Organisationsrahmen der Gewerkschaften ungewollt eine ungeheuerliche Verschwendung getrieben. Die 53 Zentralverbände geben für die Verwaltung, für die Verbandszeitungen, insbesondere für die Agitation Riesensummen aus. Bei einheitlicher Verwaltung könnte eine große Zahl an die Büros gebundener Kräfte freigemacht werden für die Propaganda und Erziehungsarbeit, die heute vernachlässigt daliegen, weil zwei Vorbedingungen dafür fehlen, nämlich Kräfte und Geld. Über die Gewerkschaftspresse ist kaum ein Wort zu verlieren. Man sehe sich diese nur einmal an. Ein halbes Dutzend der führenden Gewerkschaftsblätter leisten Hervorragendes. Alle anderen schreiben oder drucken einfach nach. Das wäre an sich noch kein Schaden; denn es ist viel besser, man druckt etwas Gutes nach, als daß man selbst zweifelhaftes Zeug schreibt und druckt. Aber die Kosten, die Kosten! Dieselbe Zeitung statt einmal, 53 mal von neuem gesetzt und gedruckt ist eine Geldvergeudung, ist Wahnsinn.

In der Agitation sieht es nicht besser aus. Besonders in der Provinz. In Provinzstädten erlebt man es fast jeden Sonntag, daß 5, 6 und noch mehr verschiedene Gewerkschaftsbeamte aus der Provinzialhauptstadt kommen, um dort Versammlungen abzuhalten, zu konferieren und zu beraten. Einer würde die Sache ebenso gut machen. Und dann hätte man nur einmal das teure Bahngeld gezahlt, nur einmal Diäten. Aber bei unserer Zersplitterung zahlen wir das Vielfache, und oft hat noch obendrein einer der Agitatoren gegen den andern aufgespielt. Unfriede und Zwietracht sind in die Arbeiter hineingetragen. So sehen wir, daß unsere gegenwärtige gewerkschaftliche Organisationsform dem strafforganisierten Unternehmertum gegenüber nicht nur in das Hintertreffen geraten ist, sondern wir müssen auch feststellen, daß sowohl die Beiträge wie auch die Kräfte der Arbeiter sehr unökonomisch verwendet werden.

Wir halten dafür, daß die zuständige Stelle, und das ist der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, sofort die Initiative ergreift und Schritte unternimmt, um die Organisationssplitter zu Industrieverbänden zusammenzufassen.

Doch darüber hinaus erscheint auch der Industrieverband nicht in allen Fällen zeitgemäß. Neben dem Arbeitgeberverband kann sich wirksam nur der einheitliche Arbeitnehmerverband behaupten.

Der Weg zur Einheitsorganisation der Arbeiter ist lang. Es soll nicht verkannt werden, daß eine große Reihe von Hindernissen diesem Bestreben im Wege stehen. Alte Anschauungen

und Überlieferungen spielen dabei ebenso eine Rolle, wie die Befürchtung, daß eine Einheitsorganisation zur Schematisierung und Erstarrung der ganzen Arbeiterbewegung führen müßte. Selbst Personenfragen spielen hier hinein und beeinflussen die Entwicklung. Um so mehr ist die im Flusse befindliche Bewegung, aus den kleinen Organisationen Industrieverbände zu schaffen, mit allen Mitteln zu fördern. Diese Industrieverbände haben in letzter Zeit einen Vorläufer durch die Betriebsräteorganisation erhalten. Die 53 jetzt bestehenden gewerkschaftlichen Verbände nach dem Muster der fünfzehn Betriebsrätegruppen zu Industrieverbänden zusammengefaßt, würden einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege zur Zentralisation der Arbeiterbewegung bedeuten.

Die Beitragshöhe, die gegenwärtig bei den einzelnen Verbänden stark differiert, ist ebenfalls ein arger Mißstand, ebenso sind die unterschiedlichen Leistungen der einzelnen Verbände eine ständige Quelle von Mißstimmungen und Reibereien unter den Arbeitern. Möglichst gleichmäßig hohe Beiträge und Leistungen der 10—15 Industrieverbände herbeizuführen, dürfte keine großen Schwierigkeiten verursachen. Bei den 53 verschiedenen Berufsverbänden erscheint ein solches Beginnen schier ausgeschlossen.

Was die Angestellten in den Verbänden betrifft, so glauben wir nicht, daß ihre Zahl bei der Zusammenfassung zu Industrieverbänden oder zu einem einheitlichen Arbeitnehmerverband herabgemindert werden könnten. Das ist auch nicht erforderlich. Aber eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte wäre ohne Schwierigkeiten zu erreichen. Insbesondere aber wäre es möglich, zu spezialisieren und den Angestellten besser an den seinen Fähigkeiten entsprechenden Platz zu stellen. Den Agitator und den Verwaltungsbeamten vereinigen nur wenige Menschen in einer Person. In fast allen Gewerkschaften aber finden wir gegenwärtig den Zustand, daß der Angestellte zugleich Kassensführer, Verwaltungsleiter und Propagandist sein soll. Der eine oder der andere Zweig seiner ihm übertragenen Funktionen leidet auf Kosten des andern, oder aber, es kommen alle Gebiete zu kurz. Hier liegt das Geheimnis, warum insbesondere die kleinen Organisationen, die sich mit einem Angestellten behelfen müssen, so schlecht vorwärts kommen. Diesem Übelstande könnte bei der Zusammenfassung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, mehr noch bei der einheitlichen Arbeitnehmerorganisation, radikal abgeholfen werden. Der Austausch der Angestellten ließe sich dann leicht ermöglichen, und der einzelne Angestellte wäre nicht Angestellter des Schuhmacher-, Schneider- usw. Verbandes, sondern er wäre Angestellter des Industrieverbandes bzw. der Arbeiterorganisation, und könnte dorthin gestellt werden, wo er seinen Fähigkeiten nach hingehört.

Die äußere Spitze, die sich die Gewerkschaften gegenwärtig im Bundesvorstand gegeben haben, kann von sich mit Recht behaupten, Großes für die Arbeiterbewegung, insbesondere für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation, geleistet zu haben. Daraus aber zu folgern, daß Änderungen und Umformungen, weil der Erfolg in die Augen springend ist, nicht notwendig wären, wäre ein grober Fehler. Und nicht deswegen plädieren wir für die Schaffung der Industrieverbände und eine einheitliche Spitze, weil die Generalkommission so glänzende Erfolge nachzuweisen hat, sondern weil wir der Überzeugung sind, daß bei einer strafferen Zentralisation die Erfolge noch größer gewesen wären. Wir stellen uns daher die vorläufige zukünftige Organisation so vor, daß die Industrieverbände ihren Sitz an einer bestimmten Stelle, sagen wir in Berlin, haben, daß sie bis zu einem gewissen Grade selbständig, wie etwa das Ministerium des Innern, in ihrem Ressort arbeiten, daß aber über Fragen der Gesamtarbeiterschaft von einer Spitzenorganisation, ähnlich der des Bundesvorstandes, aber mit weiter gesteckten Befugnissen, zu beraten und zu beschließen ist. Von dieser Spitzenorganisation sind die Kassengeschäfte, die Statistiken, die sozialpolitischen Aufgaben, die Anstellung der Beamten usw. zu erledigen.

Wir sind uns wohl bewußt, mit diesen Anregungen keine fertigen Vorschläge für die Umformung der Gewerkschaften gegeben zu haben. Wir stehen aber mitten im gewerkschaftlichen Leben und fühlen jeden Tag von neuem die Unzulänglichkeit der bestehenden Organisationsformen. Wir sehen auf der andern Seite, wie das Unternehmertum uns in bezug auf Zentralisation der Organisationen weit überflügelt hat, und halten uns daher für verpflichtet, die unstreitbar vorhandene Bewegung der Gewerkschaften zu einer Einheitsorganisation vorwärts zu treiben.

K. Zimmermann, Königsberg i. Pr., in der „Gewerkschaft“.

Ein Beitrag zur Kommunalisierung der Friedhöfe.

Sozialisierung und Kommunalisierung sind Dinge, die uns alle in der heutigen Zeit mehr oder minder stark beschäftigen, und manchem unserer Kollegen der Gemeindebetriebe kann man nicht laut und deutlich genug ins Ohr sagen, daß er nicht nur Sorge tragen soll, den Kommunalisierungsgedanken weiter zu ver-

breiten, sondern auch darüber zu wachen, daß kommunalisierte Betriebe nicht wieder in Privatwirtschaft übergehen. Die Nachteile nicht kommunalisierter Betriebe hat Kollege Busch in Nr. 52 unserer Zeitung erwähnt und ich kann sie nur restlos unterstreichen.

Auch in Essen hat man mit allen Mitteln versucht, die Kommunalisierung des Gartenbetriebes zu vernichten. Dazu hat man die Zeit auserkoren, als sich die Stadt durch die überaus schlechte Finanzlage gezwungen, umsaß, in welchen Betrieben eine Einschränkung möglich wäre. Unter anderm fiel auch die Gärtnerei unter die einschränkungsmöglichen.

Man betrachtete die Gartenverwaltung, besonders unter den bürgerlichen Parteien der Stadtverwaltung, als Luxusartikel, und wollte die mit großer Mühe und Sorgfalt geschaffenen Anlagen dem Verfall überlassen. Nirgends ist es notwendiger, als in einer Industriestadt wie Essen, für Grünanlagen Sorge zu tragen, um dem Arbeiter Gelegenheit zu bieten, sich nach der Gruben- oder Fabrikarbeit erholen zu können. Eine Entschleißung des Betriebsrates und der Verwaltung, die auf den Wert der Anlagen hinwies, dann weiter vor Augen führte, daß diese jetzt eine Zierde der Stadt, bald aber durch die Rohlinge eine Wüste sein würden, deren spätere Instandsetzung mehr Kosten verursachen würde als dauernde Weiterpflege, lenkte ebenso wie gleichzeitige Artikel in Ortszeitungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und Stadtvertretungen mehr denn vorher auf die Tätigkeit der Gartenverwaltung.

Die hiesigen Gartentechniker, Landschafts- und Handlungsgärtner wandten sich nun an die Stadtvertretung mit dem Ersuchen, die Instandhaltung sowie die Schaffung von Neuanlagen der öffentlichen Plätze und Friedhöfe ihnen zu überlassen, da sie es billiger ausführen könnten und weiter die Stadt auch die Verpflichtung hätte, die Steuerzahler der Stadt zu unterstützen. Eine solche Verbilligung wäre natürlich nur auf Kosten der Kollegen möglich, die mit kargem Lohn nachhause gehen müssen. Ihre Löhne kommen bei weitem nicht an die der Stadt heran. Hören wir doch bei jeder Tarifverhandlung: Löhne, die bei Krupp oder der Stadt bezahlt werden, könnten nicht als Richtmaß bei der Verhandlung gelten. Daher gibt es ja auch keinen älteren Kollegen mit längerer Praxis in den Landschaftsbetrieben. Diese müssen ihre Zuflucht zur Firma Krupp als Hilfsarbeiter im Werk oder als Handlanger einer andern Firma oder Zeche nehmen, um ihre Familie halbwegs ernähren zu können.

Der zweite Bürgermeister als Dezernent der öffentlichen Anlagen führte eine Aussprache mit fünf Vertretern der Privatbetriebe einerseits und dem Betriebsleiter sowie zwei Beamten und dem Vorsitzenden des Betriebsrates der Gartenverwaltung andererseits herbei. Diese brachte aber den Vertretern der Privatbetriebe nichts ein, was sich stark bei der darauffolgenden Finanzausschusssitzung zeigte, in der beschlossen wurde, alles so zu belassen und keine weiteren Einschränkungen vorzunehmen. Der Vorsitzende des Betriebsrates forderte noch weitere Ausdehnung der Kommunalisierung im Verkauf von Topfpflanzen und Kränzen, besonders auf Friedhöfen. Bisher werden nur an städtische Beamte und Arbeiter Kränze und Topfpflanzen in den Gärtnereien abgegeben. — Wieder waren es die sozialdemokratischen Vertreter, die den weiteren Kommunalisierungsgedanken für richtig fanden und den Antrag unterstützten.

Dann weiter. Wer könnte behaupten, daß die hiesigen Anlagen und Friedhöfe nicht musterghällig gehalten würden. Ich erwähne nur die Anlagen von Brüninghaushof, Haumannshof und Frohnhausener Marktplatz mit anschließender Parkanlage. Von den Friedhöfen ist der Zentral- oder Südwest- mit Ehrenfriedhof hervorzuheben, der leider nicht so gestaltet werden konnte, wie es vorgesehen war, weil es die durch den Krieg sehr gespannte Finanzlage der Stadt nicht erlaubte, aber trotzdem als einer der bestangelegten und eindrucksvoll gehaltensten Friedhöfe Deutschlands bezeichnet werden kann.

Ich kann es nicht begreifen, daß man in einer Stadt wie Breslau bis jetzt noch nicht für Vollkommunalisierung der Friedhöfe Sorge getragen hat. Dort fließen die Haupteinnahmen immer noch der Kirchengemeinde zu, während die Instandhaltung der Stadtverwaltung überlassen bleibt. Ich glaube, dort wäre, mit Hilfe der Presse und der richtigen Stadtvertreter auch was zu erreichen.

Mögen diese Anregungen ein Ansporn sein, an der Ausdehnung der Kommunalisierung zu arbeiten und die Augen aufzuhalten, wo man diesen Gedanken zunichte machen will.

A. Gimpel, Essen.

Die Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Gartenbaubetriebe.

Ein Ereignis seltener Art ist doch so ne — machtvolle Kundgebung unserer Unternehmer. Von rund 1200 Mitgliedern sind etwa 500, meist Berliner, anwesend; Regie durch allzu often Gebrauch stark abgenutzt, das ganze ziemlich farblos. Mangels be-

sonderer Taten in der Vergangenheit und infolge Fehlens markanter Richtlinien für die Zukunft vermißt man schon in der Begrüßungsrede die große Note. Wir sind Landwirte, Landwirte, war der Grundton, von häufigen Beifallskundgebungen eines dankbaren Publikums unterbrochen. Nur diese Malefiz-Arbeitnehmer wollen durchaus bei der Gewerbeordnung bleiben. Sie nehmen eben das Gute, woher es kommt, ohne sich der Schiefheit ihres Tuns bewußt zu sein. O Ironie des Schicksals! Als wenn die Herren Arbeitgeber in diesem Falle nicht mit der gleichen Sünde behaftet wären. Was wäre wohl für sie die Landwirtschaft ohne den Zehnstundentag? Herr Direktor Echtermeyer hat es — anscheinend mit Absicht — in seiner Begrüßungsansprache verstanden, die Gegensätze zu berühren: Das Wort „Gärtner“ muß wieder einen guten Klang bekommen, wir dürfen uns nicht zum Nachtwächter anderer herabwürdigen lassen!

Weiter prägte Herr Bernstiel das Wort von der „Kommunisierung“ der Stadtgärtnereien und Friedhöfe, gegen die er wetterte, obgleich erstere, wie schon der Name sagt, stets Eigentum der Stadtgemeinden waren; berührte weiter mit Bedauern den in der gestrigen Ausschußsitzung zutage getretenen Widerstand gegen jegliche Tarifgemeinschaft und zog seine Konsequenzen, indem er nunmehr den Dingen ruhig ihren Lauf lassen will. „Die Hauptsache ist und bleibt uns der Schutz der deutschen Produktion, daher sind wir Gegner jeglicher Einfuhr.“ Eine entsprechende Resolution wurde durch Massenerhebung angenommen. Arme Dresdner Azaleenimporteure! Ob die Vertreter des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber sich ebenfalls dafür entschieden, konnten wir in der Eile nicht feststellen.

Dann kamen die Begrüßungsreden der Ehrengäste, vorwiegend Großagrarien, um den landwirtschaftlichen Stil des Ganzen zu wahren, darunter Herr von Altrock, früherer Vorsitzender des verflorenen Landesökonomiekollegiums (Zuruf: scheintot), nur der große Schädlingskämpfer, Forstrat Escherich, fehlte. Wenn wir auch neue Namen angenommen haben, so verkündeten Freiherr von Wangenheim vom jetzigen Reichslandbund und Herr Schiele von der Deutsch-nationalen Partei, so ist doch der Geist der alte geblieben. Eine Tatsache, die leider jeder wahre Freund unseres Vaterlandes, jeder Anhänger der fortschreitenden politischen und geistigen Entwicklung unseres Volkes schon immer feststellen mußte und die auch in dieser Versammlung durch Annahme einer Resolution gegen das Sozialisierungs- und Kommunalisierungsgesetz recht drastisch zum Ausdruck kam. Nicht gegenteilige innere Überzeugung hält diese Leute von einer neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsform ab, nur Angst um ihr Eigentum, ihren Profit und ihre Vormachtstellung. Das bittere Gefühl, so gar nichts mehr im Staate zu sagen zu haben, zur Unbedeutendheit verurteilt zu sein, sprach aus den Worten des Freiherrn von Schorlemer-Lieser: Den Leib können „sie“ töten, aber nicht den Geist. Wahrlich herrliche Aussichten für den nächsten Rechtsputsch. Wie stark übrigens noch der Byzantinismus und wie mangelhaft der Takt und die Dankbarkeit in den Kreisen unserer Kräuter entwickelt ist, das bewies der Empfang gerade dieses Herrn. Als leibhaftige Exzellenz wurde er unter allerlei Verbeugungen der vor Staunen sprachlosen Menge vorgestellt, als der ehemalige Minister für — — Landwirtschaft (lebhafter Applaus). „Der Mann, der jetzt auf diesem Platze steht, verdient diese Bezeichnung nicht“, wagte der Generalsekretär Beckmann in Erinnerung an das eben erhaltene Wahlrecht zu den Landwirtschaftskammern zu behaupten. Echt deutsch-nationale Moral! Vergiftete Pfeile aus dem Hinterhalt! Sogar dem Geheimen Oberregierungsrat Oldenburg war dieser Tobak zu stark, er ging, eingedenk der Breslauer Vorgänge, schnell mal heraus.

Im übrigen hielt er einen Vortrag über das gärtnerische Lehrlings- und Schulwesen, der lediglich berichtenden Charakter trug. Er stellte sich einleitend als Berufsgenosse, als Kollege vor und schilderte dann die Mißstände, appellierte an die Einsicht der Unternehmer, wurde aber etwas unsicher, als man ihm auf seine Forderung von 320 Schulstunden jährlich „na — na“ zurief, polemisierte gegen den Hochschulstimm und vertröstete auf die Reichsgesetzgebung.

Dann kam der Höhepunkt, ein Vortrag des Garteninspektors Löbner-Bonn über das Mendelsche Vererbungsgesetz. Hier sprach der theoretisch und praktisch geschulte Gärtner zu — — ja, zu wem? Zu einer Versammlung von Gewächshaus-Landwirten. Diese Urproduzenten lauschten andächtig ihrem Meister, nachdenklich folgten die Ehrengäste diesen Enthüllungen gärtnerischer Kunst und Wissenschaft, hatten sie doch kurz vorher noch selbst den landwirtschaftlichen Charakter der Gärtnerei betont, ihnen hatten wohl Misthaufen, Kohlköpfe u. dgl. vorgeschwebt.

Mit „Raus“-Rufen empfangen, betrat nunmehr der Verwaltungsdirektor Dr. Grundmann von der Gartenbauberufsgenossenschaft das Podium. Wer die Fachblätter verfolgt und die vielen Anträge auf Auflösung dieser Genossenschaft kannte, fühlte, jetzt geht's los. Und richtig! Seine innere Erregung nur mühsam verbergend, mit dem Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu

kämpfen, schleuderte er seine Anklagerede gegen Rückschritt, Kurzsichtigkeit und Kleinlichkeit in den Saal. Zahlen sorgsam vermeidend, verteidigte er seine Genossenschaft mit Händen und Füßen. O, wenn man ihn hätte gewähren lassen! Der nächstjährige Ziegenbalg-Preis war ihm sicher! Aber, aber, ein Schauspiel für Götter: Von links wirkte Herr Clas beruhigend auf ihn ein, von rechts bemühte sich Herr Kliem mehrfach, allerdings nicht ohne Widerspruch des Vortragenden, um dessen Mäßigung, so daß die innere Krise noch mal vermieden und die „Würde der Versammlung“ gewahrt wurde. Nachdem noch ein glänzender Redner des Reichsversicherungsamtes Berücksichtigung aller Wünsche versprochen hatte, kam zum Schluß ein botanischer Vortrag von Camillo Schneider mit Lichtbildern, der aber die „intensiven Landwirte“ wenig zu interessieren schien. Hier versagte die Regie gänzlich, die Versammlung saß zeitweilig im tiefsten Dunkel, was Spaßvögel zu allerhand sinnigen Andeutungen veranlaßte.

Kurz und gut: Freunde eines guten Humors sind hier ganz auf ihre Rechnung gekommen. Die Gegensätze zwischen Landwirtschaft und Gärtnerei konnten nicht drastischer beleuchtet werden, als durch diese Vortragsreihe. Herr Ökonometriat Braun von der Deutschen Gartenbaugesellschaft hat wieder mal Recht behalten, wenn er sagte, „wir sind als Genießer hierher gekommen“.

W. R.

Privatgärtnerei

Verächter der Reichsverfassung.

Ogleich nach Artikel 159 der deutschen Verfassung die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen für jedermann und für alle Berufe gewährleistet ist und trotzdem im Freistaat Sachsen ein Landestarif besteht, der vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden ist, gibt es doch noch Leute, die sich um derartige, ihnen unangenehme Bestimmungen überhaupt nicht kümmern, dagegen ihre strikte Anwendung verlangen, wenn ihnen Nutzen daraus erwächst.

Als Beweis dafür bringen wir nachstehend auszugsweise einen sogenannten Annahmeschein eines adligen Herrn aus Sachsen für einen Kollegen, der Bände über die reaktionäre Gesinnung und über den fanatischen Herrn-im-Hause-Standpunkt jener Kreise spricht:

„Annahme-Schein.“

Der Gärtner H. M. wird in die Paul v. Bleichertsche Gärtnerei in Klinga-Staudnitz auf seine Meldung hin als Gärtnergehilfe am 25. Oktober 1920 eingestellt. Die Anstellung erfolgt nach gegenseitiger freier Vereinbarung zu folgenden Bedingungen:

2. Herr M. erklärt, daß er keinem Verband, insbesondere nicht dem Deutschen Landarbeiterverband, Gau Sachsen, oder dem Zentralverband der Landarbeiter, Bezirk Sachsen, angehöre und mithin ohne Rücksicht auf etwaige Tarifverträge dieser Verbände vorliegendes Abkommen treffen könne.

3. Herr M. erhält neben vollkommen freier Station einen monatlichen Barlohn von 110 Mk., in Buchstaben einhundertzehn Mark.

5. Die Arbeitszeit ist die in der hiesigen Gärtnerei übliche. Sie richtet sich nach Witterung und Tagelänge. Die in der Gärtnerei notwendigen unaufschiebbaren Arbeiten müssen auch Sonntags verrichtet werden und gelten nicht als Überstunden.

6. Das Stellen einer Forderung auf Lohnerhöhung gilt als Kündigung des Vertrages seitens des Gehilfen mit der im Verträge vorgesehenen Kündigungsfrist. Diese Kündigung gilt als nicht erfolgt, wenn die Gartenverwaltung die Lohnerhöhung bewilligt oder wenn der Gehilfe im Falle der Ablehnung seiner Forderung sich unverzüglich schriftlich dahin erklärt, daß er mit dem bisher gezahlten Lohne zufrieden ist und freiwillig auf die erhobene Lohnforderung verzichtet.

Wacht auf, deutsche Gärtner!!

Lehrlings- und Bildungswesen

Gärtnergehilfenklasse in Charlottenburg.

Der Unterricht im Sommerhalbjahr beginnt am Donnerstag, den 7. April, und umfaßt in sieben Stunden Deutsch, Rechnen, Fachzeichnen, praktisches Feldmessen und Nivellieren. Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle der Gewerbeschule in Charlottenburg, Wilhelmplatz 1a, zu richten. Auch Lehrlingen ist es gestattet, an diesem Unterricht teilzunehmen.

Berichte

Gärtnerei ist Gewerbe.

Der Gärtnereibesitzer Otto Brückner in Hartmannsdorf hatte einen mit dem Gärtnerlehrling Kurt Schwarz abgeschlossenen schriftlichen Lehrvertrag, wie er vorgibt, aus einem wichtigen Grunde aufgehoben. Von seiten des Lehrlings wurde daraufhin Klage auf Fortsetzung des Lehrvertrags erhoben. Der Beklagte beantragte Abweisung der Klage, da nach dem Lehrvertrag nicht das Gewerbegericht, sondern nach § 14 ein aus drei Personen bestehendes Schiedsgericht zuständig sei, dessen Bestimmung dem Ausschluß für Gartenbau übertragen wird. Hiergegen wandte sich der Vertreter des Klägers, da dies nicht dem § 6 des Gewerbegerichtsgesetzes entspricht. Das Gericht entschied sich darauf für zuständig. Hierauf beantragte der Beklagte erneut Abweisung der Klage, da sein Betrieb kein gewerblicher sei, infolgedessen nicht unter die GO. falle und deshalb vor das Amtsgericht gehöre. Hierzu lag ein Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen Otto Moosdorf vor, welcher den gewerblichen Charakter des Betriebes des Beklagten verneinte. Demgegenüber war von klägerischer Seite ein Gutachten beigebracht, welches sich eingehend mit den in dem Betrieb des Beklagten geleisteten Arbeiten beschäftigte und auf Grund dessen zu dem Schluß kam, daß es sich hier um eine produktionsgewerbliche Gärtnerei handle, deren Tätigkeit weit über die feldmäßige Gewinnung der Bodenerzeugnisse hinausgeht, infolgedessen als gewerblich betrieben anzusehen ist. Auf Grund dieser Beweisaufnahmen gelangte das Gericht zu der Auffassung, daß der Einwand des Beklagten, er falle nicht unter die GO., unbeachtlich sei und erklärte sich für zuständig. Da der Beklagte trotzdem jede Verhandlung verweigerte, wurde er dem Klageantrag gemäß zur Fortsetzung des Lehrvertrages verurteilt.

Rundschau

Landwirtschaftskammern und gärtnerisches Arbeitsrecht.

Der Erlaß des preußischen Landwirtschaftsministers vom 29. Januar 1921 über die Wahlberechtigung der Gärtnereibesitzer zu den Landwirtschaftskammern veranlaßte uns zu einer Eingabe, in der wir gegen die Auslegung des Begriffes Landwirtschaft nach dem Gesetz vom 30. 6. 1894 Widerspruch einlegten.

Darauf ging uns unter dem 1. März 1921 eine Antwort zu, deren Schlußsatz wir hier wiedergeben.

Ministerium für Landwirtschaft. Berlin, den 1. März 1921.
Domänen und Forsten.
J.-Nr. I A II. 9600.

„Der eingangs bezeichnete Erlaß (vom 28. 1. 13) stellt aber den Begriff der Landwirtschaft nur in Hinblick auf die Berufsvertretung klar. In allen anderen Beziehungen, insbesondere auch in arbeitsrechtlichen, bleibt die Frage, wie gärtnerische Betriebe zu behandeln sind, unberührt. Sie muß nach den dafür in Betracht kommenden Gesetzen entschieden werden. Der Begriff „Gärtnerei“ fällt unter eine Reihe von Gesetzen (z. B. Reichsgewerbeordnung, Reichsunfallversicherungsgesetz, Handelsgesetzbuch) und wird in verschiedener Bedeutung angewandt. Eine einheitliche Begriffsbestimmung ist daher nach Lage des geltenden Rechts nicht möglich.“

Braun.“

Damit gibt das Ministerium schriftlich das zu, was es auf Grund der bestehenden Rechtslage schon immer mündlich beteuert hat. Wir bitten unsere Funktionäre, von diesem Schreiben ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Zur Beachtung bei den Betriebsratswahlen!

Wer sich über die geeignetste Abfassung der zur Wahl nötigen Formulare, wie Wählerlisten, Wahlausschreiben und Vorschlagslisten für Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder unterrichten will, verlange derartige Vordrucke beim zuständigen Gewerkschaftskartell oder bei der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afabundes, Berlin SO 16, Engelauer 14—15.

Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung.

Durch Verordnung der Reichsregierung vom 18. Februar d. J. ist bestimmt worden, daß die bei den Kommunalverbänden errichteten Demobilisierungsausschüsse bis zum 31. März d. J. aufgelöst werden müssen. Ihre verbleibenden Aufgaben können einem andern paritätischen Ausschuß übertragen werden. Ebenso bestimmt die Reichsregierung den Zeitpunkt, zu dem die Demobilisierungskommissare abzulösen sind.

Der Kohlenüberfluß der Welt.

Dr. K. Uhlig (Karlsbad), ein bekannter Fachmann auf dem Gebiet der Kohlenwirtschaft, macht im „Prager Tageblatt“ Ausführungen, die aufmerksamste Beachtung beanspruchen. Er sagt:

„Die Engländer und Amerikaner werden in der nächsten Zeit wesentlich billiger werden. Sie müssen es, denn sonst können sie ihren Export nicht steigern, ständen also vor der Notwendigkeit, einen Teil der Werke stillzulegen und eine halbe Million Arbeiter aufs Pflaster zu werfen. Da dieses Billigerwerden sehr bald auf die Selbstkosten, speziell die hohen Löhne, stößt, werden den großen Lohnherabsetzungen, die in Amerika bereits zum Teil durchgeführt sind, sehr bald ebensolche Lohnkürzungen in England folgen, natürlich unter großen Kämpfen. Aber diese Kämpfe werden die Arbeiter ebenso sicher verlieren, wie sie die bisherigen Kämpfe gewinnen mußten, so lange nicht nur die Kohlenpreise, sondern auch die allgemeinen Kosten der Lebenshaltung stiegen. Jetzt fallen alle Preise, also müssen die Löhne folgen. Die Engländer und Amerikaner werden in der nächsten Zeit zu allen, auch zu Verlustpreisen, eine ungeheure Kohlenmenge, rund 100 Millionen Tonnen jährlich, auf den europäischen Kontinent werfen. Sie müssen es tun, wenn sie ihre eigene Kohlenwirtschaft vor einer Katastrophe bewahren wollen. Diese Riesensturmflut der 100 Millionen Tonnen wird von der ganzen politischen und wirtschaftlichen Macht der beiden siegreichen Großmächte getragen werden. Es wird alles, was seit 1914 am Kontinent an künstlichen Gebilden in die freie Kohlenwirtschaft hineingebaut wurde, wie Zündhölzchen in einem Nu zerbrechen. Das Abkommen von Spa ebenso wie unsere Zwangswirtschaft, unsere Kohlenverträge und unser Bürokratismus werden in einem Moment wie unter den Trümmern eines Bergsturzes begraben sein. Das sind alles Dinge, um die mit Ausnahme der Bürokraten niemand weinen wird. Der Stoß wird uns die Befreiung von der Kohlennot und Teuerung und dem Bürokratismus bringen. Er wird also eine Erlösung bedeuten. Leider wird er auch zeigen, welche Wunden die Politik unterdessen geschlagen hat.“

Man kann nur wünschen, daß diese Ausführungen auch in Frankreich gelesen werden.

Zehn Gebote für nörgelnde Verbandsmitglieder.

Lieber Kollege! Es ist natürlich nicht nötig, daß du dich von nachstehenden zehn Punkten irgendwie getroffen fühlst. Das wirst du auch um so weniger, als du innerlich davon überzeugt bist, daß keines dieser Gebote auf dich paßt. Aber es läßt dir sicher manch einer über den Weg, der alle diese angeführten Eigenschaften in seltener Person vereinigt; diesem drücke die zehn Punkte in die Hand, damit er keinen von ihnen je vergißt. Sie sind der Reihe nach fein säuberlich hier angeführt und heißen:

1. Sprich schlecht von deinem Verband bei jeder Gelegenheit, die sich dir bietet.
2. Drohe stets mit deinem Austritt oder mit Widersetzlichkeit, wenn dir im Verband etwas nicht paßt.
3. Unterlasse nicht, jedermann haarklein zu erzählen, daß du mit der Tätigkeit deines Verbandes nicht einverstanden bist.
4. Wenn du dich mit einem Verbandsmitgliede verfeindet hast, so versäume nicht, es dem Verband entgegen zu lassen.
5. Unterstelle allen, die Arbeit für den Verband verrichten, daß sie das nur aus Ehrgeiz oder um eines Amtes willen oder wegen persönlicher Vorteile tun. Hüte dich aber sorgfältig, etwas für deinen Verband selbst zu tun, damit du nicht in der gleichen Weise beschuldigt wirst. Schwänze möglichst die Versammlungen.
6. Erkläre einem jeden, der nicht im Verband ist, wie es eigentlich zu sein hätte, hüte dich aber, das im Verband selbst zu sagen.
7. Sprich niemals Gutes über die Gewählten deiner Organisation, die an der Verbesserung deiner Verhältnisse arbeiten.
8. Wenn du etwas gescheiter als andere bist, so laure, bis einer aus der Vorstandschaft einen Fehler oder ein Versäumnis begeht. Dann falle über ihn her. Mit deinen besten Gedanken halte unbedingt solange zurück.
9. Vergesse nie aus „prinzipiellen Gründen“ in Versammlungen Opposition zu machen, denn du bist die Würze der Versammlungen, das Salz, der Pfeffer, die Muskatnuß. Wärest du nicht, so würden die Versammlungen unschmackhaft sein.
10. Triff einmal einer in deinem Sinne das Richtige, so widerspreche dennoch, sonst wärest du nicht derjenige, der alles besser weiß. Wenn du das alles tust, so darfst du dich rühmen, als ein gescheiter Mann angestaunt zu werden, der eigentlich „der Richtige“ wäre.

Bekanntmachungen

Danzig. Gesucht wird die Adresse des Kollegen Willy Hoch (Buchnummer 118256), früher Danzig, dann Teltow bei Berlin. Mitteilungen an W. Gelling, Danzig-Ohra, Südstr. 38.

Erfurt. Fachgruppe. Versammlungen jeden Samstag im „Deutschen Bund“, Hirschlachufer. Nach Möglichkeit wird jeden Samstag ein fachlicher Vortrag abgehalten, auch gesellige Veranstaltungen sind in Aussicht genommen. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig!